

Heiner Rickers
Vorsitzender des Umwelt- und Agrarausschusses
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1214

Philosophisches Seminar

Olshausenstr. 80g, 24118 Kiel

JProf. Dr. Christian Baatz

**Arbeitsgruppe Klimaethik,
Nachhaltigkeit und Globale
Gerechtigkeit**

E-Mail: baatz@philsem.uni-kiel.de

Telefon: +49(0)431/880-2823

Web: adjust-climate.org

30.03.2023

Stellungnahme zu den Drucksachen 20/615 (neu) „Kein CCS in Schleswig-Holstein und deutschen Küstengewässern in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ)“ und 20/632 „Wissenschaftliche Erkenntnisse zu CCS berücksichtigen“

Die Möglichkeit, CO₂ abzuscheiden und zu speichern (Carbon Capture and Storage, CCS), ist potenziell ein Segen für die Klimapolitik. Ein Segen, der zu einem Fluch werden kann, wenn man mit ihm falsch umgeht.

Gleiches gilt für das Abscheiden und Nutzen von CO₂ (Carbon Capture and Utilization, CCU) und die Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre (Carbon Dioxide Removal, CDR), den anderen beiden Technologien, die in der Landtagsdebatte vom 27. Januar 2023 Erwähnung finden.

Zwei Beispiel-Szenarien für die Mitte des 21. Jahrhunderts verdeutlichen dies:

Szenario 1

Deutschland hat das Netto-Null-Emissionsziel erreicht. Den mit großem Abstand größten Beitrag hierzu leisteten Erneuerbare Energien, die es uns erlaubten, zentrale Sektoren fast komplett zu dekarbonisieren. Verhaltensänderungen, z.B. in der Ernährung, waren ebenfalls wichtig. CCS, CCU und CDR wurden nie als Substitute für konventionelle Emissionsreduktionen gesehen, sondern spielten verglichen mit diesen eine kleine, aber entscheidende Rolle auf dem Weg zur Netto-Null: beim Ausgleich kaum zu eliminierender residualer Emissionen, beim Einfangen eines kurzfristigen „Overshoots“ über das Temperaturziel und, in Form von CDR, dabei mit netto-negativen Emissionen einen positiven Beitrag zum Weltklima zu leisten. Ohne CCS, CCU und CDR hätte Deutschland die Netto-Null nicht, später oder mit deutlich größeren negativen Folgen für die Menschen im Land erreicht. Diese Technologien stellten sich daher als Wohltat nicht nur für die Menschen in Deutschland, sondern letztendlich für vom Klimawandel Betroffene auf der ganzen Welt heraus.

Szenario 2

Deutschland hat das Netto-Null-Emissionsziel nicht erreicht. Die Gründe hierfür sind vielfältig, aber eine erhebliche Rolle spielte die Tatsache, dass ein fast sicher geglaubter gesellschaftlicher und politischer Konsens über den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wegbrach. Die Aussicht, durch CCS, CCU und CDR Emissionen wieder ausgleichen zu können, gab GegnerInnen einer schnellen und weitreichenden Dekarbonisierung argumentativen Aufwind. CCS, CCU und CDR wurden in Folge genutzt und hatten eine positive Wirkung – diese erreichte aber nicht ansatzweise den Umfang, den es bräuchte, um die weiterhin erheblichen Emissionen auszugleichen. In der Retrospektive sagt man: lieber hätte man von CCS, CCU und CDR nie erfahren, so dass es diese Ausrede für ausbleibende Emissionsreduktionen nicht gegeben hätte.

Wir glauben, dass beide Szenarien (zumindest in groben Zügen) realistisch sind. Die zentrale Herausforderung im Umgang mit diesen Technologien besteht darin, so etwas wie *Szenario 1* zu realisieren und nie auch nur in die Nähe von *Szenario 2* zu kommen. Insbesondere die Gefahr von *Szenario 2* dominiert auch die moralphilosophische Diskussion und läuft dort unter den Namen ‚Mitigation Obstruction Argument‘ bzw. ‚Moral Hazard Argument‘.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieser Themenkomplex Gegenstand jedes einzelnen Redebeitrags der Parlamentsdebatte vom 27. Januar 2023 war.

Es erscheint uns wahrscheinlich, dass es Versuche geben wird, mithilfe des Verweises auf CCS, CCU und CDR die Dringlichkeit, den Umfang und letztendlich sogar die grundsätzliche Notwendigkeit von konventionellen Emissionsreduktionen zu unterminieren. Wir sehen insbesondere politische Entscheidungsträger in der Verantwortung, diesen Versuchen zu widerstehen. Ganz besonders solche politischen Kräfte, die (ganz gleich, ob zu Recht oder Unrecht) auf eine technologieoffene, „ideologiefreie“ und wirtschaftsnahe Politik Wert legen, sind potentielle Adressaten solcher Versuche der Einflussnahme. Ob diese politischen Akteure die Vernunft und die Weitsicht haben, ihnen zu widerstehen, wird mitentscheidend dafür sein, in Richtung welches Szenarios wir uns bewegen. Und in Richtung welches Szenarios wir uns bewegen, ist wiederum die zentrale Frage in der moralischen Bewertung von CCS, CCU und CDR.

Alle drei Technologien können ein kleiner, aber wichtiger Beitrag zu einem akzeptablen Umgang mit der vielleicht größten moralischen Herausforderung des 21. Jahrhunderts sein. Einer Herausforderung, an der Abermillionen Menschenleben und das Wohl und Wehe mehrerer Generationen hängen.

Oder sie können eine gefährliche Ablenkung sein. Eine Scheinlösung, auf die man im Nachhinein lieber verzichtet hätte.

Nichts in diesen Technologien determiniert, dass sie das eine oder das andere sind. Unser Umgang mit ihnen – und nicht zuletzt *Ihr* Umgang mit ihnen – wird dies bestimmen.

Die (politische) Beteuerung, dass CCS, CCU und CDR nur zusätzlich zu schneller und umfassender Emissionsreduktionen zum Einsatz kommen sollen, wird allein nicht dazu führen, eine ‚Mitigation Obstruction‘ wie in Szenario 2 zu verhindern. Vielmehr tragen insbesondere

die Landesregierung und weitere politische Akteure Verantwortung, zu diesem Ziel durch entsprechendes Handeln aktiv beizutragen. Zur Frage geeigneter politischer Maßnahmen haben wir als PhilosophInnen keine besondere Expertise, möchten aber einige offenkundige Aspekte ansprechen. Entscheidend für die Herbeiführung von Szenario 1 ist eine entsprechende Regulierung. Z.B. sollte es getrennte Politikziele, ein getrenntes ‚Accounting‘ und ggf. separate Märkte für Emissionsreduktionen einerseits und Kohlendioxidentnahme andererseits geben. Wir sind zutiefst besorgt, dass Unternehmen verstärkt mit netto-Emissionsreduktionen werben, die auf unseriösen Kohlendioxidentnahme-Projekten beruhen. Getreu dem Motto „wehret den Anfängen“ ist die Politik aufgefordert, klare Regeln für die transparente Überprüfung der Kohlendioxidentnahme zu schaffen („Monitoring, Reporting and Verification“) und Scheinlösungen vorzubeugen (s. hierzu die aktuelle Stellungnahme des Forschungsprogramms CDRterra zum Vorschlag der EU Kommission für die Zertifizierung von Kohlendioxidentnahme, https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13172-Certification-of-carbon-removals-EU-rules/F3389897_en, an der wir mitgewirkt haben). Ebenso kann sie dafür Sorge tragen, dass CCS in Deutschland nicht zur verlängerten Nutzung fossiler Energien führt, sondern mit ‚Direct Air Capture‘ oder Bioenergie kombiniert wird, soweit dies umweltfreundlich und sozialverträglich möglich ist. Weil diese Regulierung maßgeblich auf nationaler und internationaler Bühne geschieht, appellieren wir an die Schleswig-Holsteinische Politik, die Gesetzgebung in Berlin und Brüssel entsprechend zu beeinflussen. Darüber hinaus kann sie im eigenen Bundesland Ansätze fördern, die mit Zusatznutzen verbunden sind und ein geringes ‚Mitigation Obstruction‘ Potenzial aufweisen, wie z.B. Biokohle und Renaturierungsmaßnahmen an Land und zu Wasser (s. hierzu beispielsweise auch das DBU-Projekt „Auf natürlichem Wege Treibhausgase in Norddeutschland senken“: https://www.dbu.de/123artikel39450_2442.html und die Forschungsmission CDRmare: cdrmare.de).

Neben dieser grundsätzlichen Stellungnahme noch ein Wort zum Thema CCS in Deutschland und Schleswig-Holstein: Die Zukunft des Klimawandels und auch die Zukunft von CCS entscheidet sich nicht in Schleswig-Holstein. Nur: Gleiches gilt auch für alle anderen Orte. In einer Situation, in der das Gesamtvolumen der Anstrengungen gegen den Klimawandel weit unter dem liegt, was wir den potentiellen Opfern des Klimawandels eigentlich schulden, erscheint uns „Warum gerade wir?“ aber gar nicht die relevante Frage. Weil das Nicht-Handeln begründungsbedürftig ist, muss sie eher lauten: „Warum wir nicht?“ Aus moralphilosophischer Sicht sehen wir hier für Schleswig-Holstein keine guten Entschuldigungen. Wir verfügen zumindest im Vergleich über recht große Mittel, haben historisch wie in der Gegenwart erheblich zum Klimawandel beigetragen und von diesem Beitrag profitiert. All dies sind Gründe, uns in der Verantwortung zu sehen. Dass für andere Bundesländer, Staaten und außerstaatliche Akteure diese Gründe auch gelten, bleibt davon unberührt. Weil CCS einen wichtigen Beitrag leisten kann, gibt es gute Gründe, dieser Klima-Verantwortung zu einem kleinen Teil auch durch die Erforschung und dann ggf. durch den wohlüberlegten Einsatz von CCS nachzukommen.

Wir schreiben diese Stellungnahme kurz nach der Veröffentlichung der „Summary for Policymakers“ des 6. IPCC-Sachstandsberichtes. In ihr wird mit größter Dringlichkeit hervorgehoben, wie wichtig jede Tonne CO₂ weniger in der Atmosphäre ist. Diese Wichtigkeit ist letztendlich moralisch und gerechtigkeits-theoretisch begründbar. Insofern CCS, CCU und CDR hier einen Beitrag leisten können, spricht moralisch viel für sie. Wir dürfen uns nur nicht

darüber täuschen, was sie leisten können, was nicht und mit welchen Risiken sie verbunden sind.

Jun.-Prof. Dr. Christian Baatz (AG Klimaethik, Nachhaltigkeit und Globale Gerechtigkeit)

Dr. Lukas Tank (AG Klimaethik, Nachhaltigkeit und Globale Gerechtigkeit)

Dr. Frederike Neuber (AG Klimaethik, Nachhaltigkeit und Globale Gerechtigkeit)

Antonia Holland-Cunz (AG Klimaethik, Nachhaltigkeit und Globale Gerechtigkeit)

Prof. Dr. Konrad Ott (Lehrstuhl für Philosophie und Ethik der Umwelt)